

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 289

Donnerstag, den 10. Dezember 1931

Jahrgang 104

Der Sinn der neuen Notverordnung

Der Reichshaushalt ist ausgeglichen — Beginn des Zinsabbaus — Länderkonferenz

U. Berlin, 10. Dez. Die Reichsregierung hat nun über die neue Notverordnung eine amtliche Verlautbarung ausgegeben. Auch diese ist eine außerordentlich umfangreiche Veröffentlichung, in der einleitend die Motive der Regierung dargelegt werden. Es folgt dann eine ausführliche Wiedergabe des Inhalts der neuen Notverordnung, deren Wortlaut selbst auch jetzt noch nicht vorliegt. Ueber die Motive der Reichsregierung ist in der amtlichen Verlautbarung folgendes gesagt:

Die Jeden in Gang gekommenen internationalen Verhandlungen in Basel über entscheidende Fragen der deutschen Gesamtpolitik sowie die internationalen Verhandlungen über die Stillhalteabkommen machen es zur gebieterischen Notwendigkeit, die letzten Mittel für den Ausgleich der Haushalte der öffentlichen Hand einzusehen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Staatsicherung auch mitentscheidend ist für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung. Abgesehen von dieser notwendigen Sicherung der Haushalte verfolgt die neue Notverordnung das Ziel, die Gesamtproduktion, Umsatz und Lebenshaltung des deutschen Volkes in jeder nur irgend möglichen Weise zu entlasten. Wie aber schon bei den Beratungen des Wirtschaftskomitees klar ausgesprochen wurde, ist eine Senkung von Löhnen und Gehältern ohne Sicherstellung gleichzeitiger und entsprechender Senkung der Preise untragbar, da sonst eine verhängnisvolle Schrumpfung der Kaufkraft die Folge wäre. Die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht übersehbare Umstände eintreten, die die Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden.

Das Haushaltsbild des Reiches ist nach den in der Notverordnung gemachten Angaben folgendes: Der im September neu aufgestellte Haushalt 1931 schließt insgesamt mit 9150 Millionen (Rechnungsergebnis für 1930 also 11.985 Millionen) RM. ab. Der Haushalt des Reiches ist gesichert, auch wenn die vorgeesehenen 200 Millionen an die Gemeinden (Wohlfahrtskosten) im Laufe des Winters erhöht werden müßten. Der Haushalt 1932 würde sich, wenn die Reparationslast die gleiche bleibt wie unter dem Hoover-Plan, auf der Einnahmeseite auf 7820, auf der Ausgabenseite auf 8790 Millionen RM. belaufen. Hierbei ist davon ausgegangen, daß das Steuerertragsvermögen gegenüber 1931 um rund 700 Millionen gegenüber 1930 um rund 1,75 Milliarden zurückbleiben wird. Der Fehlbetrag von 900 Millionen wird dadurch gedeckt, daß infolge der Gehalts- und Lohnkürzungen eine Ersparnis von rund 200 Millionen eintritt und die Erhöhung der Umsatzsteuer rund 700 Millionen erbringt. Der verbleibende Fehlbetrag von 60 Millionen wird durch weitere Ersparnisse abgedeckt. Der Haushalt 1932 würde damit mit 8530 Millionen abschließen. Das bedeutet gegenüber 1930 eine Senkung um rund 3,5 Milliarden.

Heute Länderkonferenz in Berlin

Heute findet, wie die „Germania“ berichtet, in Berlin eine Konferenz der Länder statt, in der die Ausführungsbestimmungen, insbesondere zur Mietensenkung, des Mieterschutzes, der Zwangswirtschaft und des Reichsmietengesetzes vorgelegt und erörtert werden sollen. Diese Fragen sollen bekanntlich möglichst bald zur Erledigung gebracht werden, besonders die Senkung der Neubaumieten.

Die Aufgaben des Preiskommissars

Als seine erste Aufgabe sieht der Preiskommissar die Senkung der Brotpreise sowie u. a. die Überprüfung der von den Handwerkern geforderten Preise an. Ferner wird er seine besondere Aufmerksamkeit den Tarifen für Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbahnen und Kleinbahnen zuwenden.

Der Stichtag für die gebundenen Preise ist der 30. Juni, nicht wie in den bisherigen Mitteilungen berichtet worden war, der 1. Juli 1931.

Die Gehalts- und Lohnsenkung

Die Stelle aus der amtlichen Verlautbarung der Notverordnung, die sich auf die Gehalts- und Lohnsenkung be-

den Beamten, Angestellten und Arbeitern bezieht, hat folgenden Wortlaut: „Die vom 1. Januar ab vorgesehene weitere Gehalts- und Lohnsenkung bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern beträgt 10 v. H. Da die Kürzung bei den Beamten und Angestellten an den vor den bisherigen Kürzungen festgesetzten Dienstbezügen vorgenommen wird, ist in der Verordnung ein Kürzungssatz von 9 v. H. vorgeschrieben. Dieser Satz bedeutet jedoch eine Kürzung der jetzigen Bezüge um etwas mehr als 10 v. H.“

Senkung der Zinssätze

Das Reichsbankdirektorium hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den seit dem 2. Dezember bestehenden Diskontsatz von 8 auf 7 Prozent und den Lombardsatz von 10 auf 8 Prozent herabzusetzen.

Die Mitglieder der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers (Stempelvereinigung) haben im Einvernehmen mit den maßgebenden öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten des Reiches und der Länder sowie den maßgebenden auswärtigen Banken und Bankhäusern beschlossen, den Soll-Zinssatz, der gegenwärtig 2 Prozent über dem Reichsbankdiskontsatz, d. h. 10 Prozent für das Jahr beträgt, auf 1 Prozent über den jeweiligen Reichsbankdiskontsatz zu senken. Im Zusammenhang mit den Maßnahmen der Reichsbank ist somit eine Senkung des Sollzinsfußes um volle 2 Prozent, also von 10 auf 8 Prozent erzielt.

Aufmarsch der Reichstagsfraktionen

In den nächsten Tagen werden sich nahezu sämtliche Reichstagsfraktionen ver sammeln, um zu der neuen Notverordnung Stellung zu nehmen. Die Reichstagsfraktion der Staatspartei hat bereits gestern getagt und der neuen Notverordnung zugestimmt. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei hat auf Grund des Artikels 24 der Reichsverfassung die sofortige Einberufung des Reichstages beantragt. Die Deutschen Nationalen haben ferner folgenden Antrag eingereicht: „Der Reichstag wolle beschließen, die vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 außer Kraft zu setzen.“ Reichskanzler Dr. Brüning hat gestern mittag Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu sich und machte ihnen ergänzende Mitteilungen über den Inhalt der neuen Notverordnung. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist zur Beratung der Notverordnung für heute nachmittag einberufen worden. Die Gesamtfraktion wird am Montagnachmittag zusammengetreten.

Erläuterungen des Reichsfinanzministers

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich äußerte sich gestern abend im Rundfunk über die Grundgedanken der neuen Notverordnung. Es handle sich um Maßnahmen, die in die wirtschaftlichen und privatrechtlichen Verhältnisse eingreifen wie nie zuvor und auch vor Verträgen mache die Notverordnung keinen Halt. So werde es nicht ausbleiben, daß die Verordnung unter diesen Gesichtspunkten heftig bekämpft und abgelehnt werde. Man müsse aber bedenken, daß man in außerordentlichen Zeiten mit normalen Maßnahmen nicht viel anfangen könne. Der Minister erläuterte dann die Notverordnung. Bei der Senkung der Preise und der Beschäftigungskosten sei davon auszugehen, daß die deutsche Wirtschaft aus der Binnenwirtschaft und aus dem Außenhandel bestehe. Der Außenhandel habe sich trotz aller Erschwernisse der letzten Zeit merkwürdig behauptet. Es werden uns aber fortgesetzt und in steigendem Maße Schwierigkeiten gemacht. Vom Außenhandel hänge auch die Frage ab, ob wir unsere privaten Auslandsschulden zahlen könnten, wenn man einwende, daß die Maßnahmen wegen der Erhöhung der Umsatzsteuer ihre Wirkung verfehlen würden, so glaube er, daß die Umsatzsteuererhöhung namentlich bei der sinkenden Preisbewegung ein ernstes Hindernis für den Enderfolg nicht sein werde. Auch die übrigen Zweifel an einer Auswirkung der Aktion seien angesichts der Herabsetzung von Mieten, Frachten, Kohlen- und Eisenpreisen unbegründet.

Ein Vorabkommen

der deutschen Auslandsgläubiger

U. Paris, 10. Dez. Der amerikanische Bankier Wiggin hat der „Agence Economique“ eine Erklärung übermittelt, in der es u. a. heißt: „Die Vertreter der Bankinteressen verschiedener Länder, die an der Aufrechterhaltung der kurzfristigen Kredite in Deutschland interessiert sind, haben in Paris Besprechungen abgehalten, die der Vorbereitung ihres Besuchs in Berlin gewidmet waren. Die Vertreter der Banken der Gläubigerländer sind sich hierbei

einig geworden. Ich habe natürlich nicht das Recht, vor der Aussprache auf der Berliner Konferenz etwas mitzuteilen.“

Ueber die Grundlagen des Vorabkommens der Gläubigerbankiers teilt die genannte Agentur mit, man sei übereingekommen, von Deutschland zu verlangen, daß es für die Rückzahlung der kurzfristigen Kredite einen gewissen Hundertsatz der verfügbaren Devisen bereitstellen soll. Dieser soll für alle Länder gleichmäßig nach dem Betrage ihrer Forderungen berechnet werden. Die Aufrechterhaltung des deutschen Handels soll hierbei jedoch berücksichtigt werden. Jedes Land habe dann zwischen Han-

Tages-Spiegel

In den nächsten Tagen treten die Reichstagsfraktionen zusammen, um sich über ihre Haltung zur neuen Notverordnung schlüssig zu werden.

Wie verlautet, soll der Reichskanzler im Falle einer Reichstagsberufung zur Auflösung des Parlaments entschlossen sein.

Der Reichsbankdiskontsatz wurde gestern von 8 auf 7 Proz. erniedrigt. Die Berliner Großbanken haben daraufhin die Sollzinsen um 2 Proz. gesenkt.

Die Vorbereitungen der ausländischen Stillhaltegläubiger in Paris haben zu einem grundsätzlichen Vorabkommen geführt.

Das englische Unterhaus hat die Agrarzollvorlage, die Schutzzölle bis zu 50 Prozent vorsieht, mit großer Mehrheit angenommen.

Hoovers neues Steuerprogramm, vermittels dessen der 4,5 Milliarden Dollar-Fehlbetrag im amerikanischen Staatshaushalt gedeckt werden soll, ist in Wirtschaftskreisen sehr ungünstig aufgenommen worden.

Im württembergischen Finanzausschuß wurden neue Sparmaßnahmen, vor allem innerhalb der Kulturverwaltung, bekannt gegeben.

deils- und Finanzkrediten zu unterscheiden. Man werde von Deutschland verlangen, daß es für die durch Handelspapiere nicht gedeckten Finanzkredite besondere Garantie gebe.

Das Abkommen wird von den Pariser Wirtschaftskreisen mit großer Befriedigung aufgenommen. Man unterstreicht die Übereinstimmung zwischen den amerikanischen und französischen Bankiers, die bisher niemals so deutlich in Erscheinung getreten sei.

Die Verhandlungen in Basel

Die neue Notverordnung macht starken Eindruck

U. Basel, 10. Dez. Der Sonderausschuß hat am Mittwochvormittag in zweifundiger Sitzung die Beratung über die allgemeine deutsche Finanz- und Wirtschaftslage an Hand des deutschen Materials und der Erläuterungen Dr. Melchior's fortgesetzt. Die deutsche Notverordnung, die einen starken Eindruck auf die Mitglieder des Sonderausschusses machte, wurde offiziell noch nicht berührt. Nach dem gestern von Dr. Melchior im Sonderausschuß bekanntgegebenen Bericht über die deutsche Verschuldung betragen die langfristigen Auslandsschulden 114 Milliarden Mark und erfordern für Verzinsung und Tilgung 10202 Millionen Mark. Die kurzfristigen Schulden, und zwar Bankschulden, industrielle, landwirtschaftliche und Handelsschulden betragen 12 Milliarden Mark und erfordern für Verzinsung 700 bis 825 Millionen Mark.

Englands Stellung in der Tributfrage

U. London, 10. Dez. Im Unterhaus erklärte Ministerpräsident Macdonald, er sei sicher, daß die Sachverständigen, die jetzt in Basel verhandeln, sich der Dringlichkeit ihrer Aufgaben voll bewußt seien und daß sie mit größter Beschleunigung einen Bericht herausbringen würden. Dann werde eine Regierungskonferenz stattfinden, die nach Ansicht der englischen Regierung zusammenzutreten sollte, sobald der Bericht den Regierungen übergeben worden sei. Diese Konferenz müsse ihre Arbeit mit großem Wirklichkeitsgefühl in Angriff nehmen. Sie müsse alle Tatsachen in Betracht ziehen und eine Vereinbarung zu erreichen suchen, die die Schwierigkeiten nicht nur zeitweise beseitige, sondern die die ganze Welt, die zur Zeit in immer größerer politischer und sozialer Verfehlung gerate, auf eine Grundlage stelle, von der aus mit neuer Kraft neue Anstrengungen zur Wiederbelebung von Handel und Wandel unternommen werden. Das könne nur erreicht werden, wenn sich alle beteiligten Nationen bewußt seien, daß ihre Wohlfahrt und ihr innerer Friede von dem Gedeihen und dem Glück der ganzen Welt abhingen. In diesem Sinne werde sich die englische Regierung an der Konferenz beteiligen und ihren Einfluß geltend machen.

Der Eindruck der Notverordnung in U. S. A.

U. Newyork, 10. Dez. Die neue Notverordnung stellt alle anderen außenpolitischen Ereignisse in den Schatten. In politischen und wirtschaftlichen Kreisen der Vereinigten Staaten herrscht der Eindruck vor, daß der Reichskanzler gewillt sei, seine Stellung bis zum Äußersten zu verteidigen und das Gleichgewicht des Reichshaushalts um jeden Preis herzustellen. Andererseits aber sagt man sich, daß Brüning jetzt den letzten Trumpf ausgespielt habe.

Reichskanzler Brüning zur Notverordnung

Reichskanzler Dr. Brüning sprach Dienstag abend im Rundfunk über die neue Notverordnung. Die zu treffenden Maßnahmen, so führte er u. a. aus, sind bedingt durch die Lage der Weltwirtschaft und des Kapitalmarktes, ferner bedingt durch die unerträglichen Lasten, die uns nach dem Krieg auferlegt wurden. Aber sie gehen ebenso auch zurück auf Fehler, die wir selbst in den vergangenen Jahren gemacht haben. Nach einem Hinweis auf die Verhandlungen in Basel richtete der Kanzler noch einmal den dringenden Appell an alle beteiligten Regierungen, dafür zu sorgen, daß die oft von allen Seiten verkündeten Grundzüge verständnisvollen und solidarisches Zusammenwirkens sich jetzt endlich in letzter Stunde in die Tat umsetzen. Dann ging er auf die Einzelheiten der Notverordnung ein.

Es soll überall, was auf der einen Seite allen Schichten der Bevölkerung genommen werden muß, auf der anderen Seite durch Steigerung der Kaufkraft ihr wiedergegeben werden. Schmerzhaft sind die Opfer, die von Beamten, Arbeitern und Angestellten, ja darüber hinaus in erschreckendem Umfange auch von den durch die Sozialversicherung Betreuten nun abermals verlangt werden. Wir haben alles versucht und alles daran gesetzt, es zu vermeiden. Aber die Wirtschaftsnote zwingt jeden im Hinblick auf die höheren gesetzmäßigen Zusammenhänge auch hier vor Opfern nicht zurückzuschrecken. Schmerzhaft ist für viele die Zinsentlastung der festverzinslichen Wertpapiere. Wenn sie manchen Sparrer treffen, so möge er bedenken, daß die Ermäßigung des Zinsendienstes ihm selbst in seiner Lebenshaltung wieder zugute kommt und daß die erschreckende Höhe des deutschen Zinsfußes eine Gefahr für die Sicherung der Kapitalien darstellt. Dieser Gefahr wird durch die Zinsentlastung begegnet. Durch die Erhöhung der Umsatzsteuer bei Schonung des Brotes, des Mehles und des Getreides als Volksernährungsmittel und Senkung der Ausgaben sind die Voraussetzungen, die an die Staatsgleichgewichte gestellt sind, gesichert.

Was für jeden einzelnen das Wichtigste ist, ist, daß die Zahlungen des Staates in den kommenden Monaten pünktlich geleistet werden können. Daß sich jeder einzelne von uns innerlich aufbäumt gegen das harte Schicksal unserer Zeit, versteht niemand mehr als ich. Eine Rettung Deutschlands ist aber jetzt, wie in dem vergangenen Jahre nur möglich, wenn sich die Leitung der deutschen Politik nicht in das Reich der Illusionen begibt, sondern sich bei heißer Liebe zu Volk und Vaterland von nüchterner Ueberlegung, von klarer Einsicht in die uns nach dem Krieg verbliebenen Mittel und Möglichkeiten bestimmen läßt. Wenn die deutsche Politik der Versuchung nachgeben würde, die Leiden der Gegenwart durch Steigerung unklarer Gefühle und durch Herausstellung unklarer Ziele zu mildern, so würde es mit Deutschland zu Ende gehen. Für jeden, der an der Verwirk-

lichung solcher Ziele arbeitet, muß ein schreckliches Erwachen kommen.

Eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung für Volk und Vaterland bewußt ist, darf Strömungen dieser Art, soweit sie auch im Volke um sich greifen, nicht nachgeben. Sie darf und wird nicht davor zurückschrecken, einem drohenden Verfall der Volkskräfte mit eiserner Energie entgegenzutreten. Sie duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige. Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge notfalls auch unter Verhängung des Ausnahmezustandes gegen alle eingesetzt werden, die sich unterfangen würden, in den Stunden stärkster Nervenprobe der verfassungsmäßigen Gewalt in den Arm zu fallen.

Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten den legalen Weg seiner politischen Absichten betont hat, so stehen in krassem Kontrast dazu die heftigen Beteuerungen der Führer, die zu sinnlosem Kampf und zu außerpolitischen Torheiten auffordern. Wenn man erklärt, daß man auf legalen Wege zur Macht gekommen, die legalen Schranken durchbrechen werde, so ist das keine Legalität. Dagegen wende ich mich als verantwortlicher Staatsmann aufs schärfste.

Ich werde mich mit allen verfassungsmäßigen Mitteln solcher Parteiveruche entgegensetzen, das deutsche Volk in dieser ungeheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen. Ein uralter Instinkt gesunder Völker ermahnt uns, den innerpolitischen Meinungsstreit zurückzutreten, ja völlig schweigen zu lassen, wenn das Vaterland in entscheidenden Stunden politischen Handelns steht. Es ist ein abträgiges Unterfangen, wenn man mit dem Hinweis auf innerpolitische Verschleppungen in den Tagesmeinungen der Wähler versucht, im Auslande den Eindruck zu erwecken, als ob es in Deutschland in Wirklichkeit geteilte Fronten, ja eine Regierung von morgen gebe, die sich annähen dürfe, für die deutsche Regierung zu sprechen.

Der Reichskanzler schloß: Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich doch zu lange schweige. Die Pflicht des gewissenhaften Arbeitens scheint mir trotz allem größer zu sein als alles Reden. Ich werde nie mit Versprechungen und Illusionen über unsere Leiden hinwegzutäuschen versuchen. Nur die ganze Erkenntnis der schrecklichen Wirklichkeit und die Versuche, sich danach einzustellen, hat in der Vergangenheit allein die Völker zum Wiederaufstieg gebracht. Die fühle Ueberlegung ist nicht ein Mangel an tiefstem Mitempfinden mit den Leiden des Volkes. Es ist vielmehr die schwere Verantwortung, die auf den Regierungen ruht und ihnen verbietet, ihr eigenes Gefühl anders als in der sorgfältigen Unterordnung unter die Pflichten ihres Amtes zu äußern.

Der Preisenkunungs-Kommissar



Dem Leipziger Oberbürgermeister Gorbeler ist von der Reichsregierung das Amt eines Preisenkunungs-Kommissars übertragen worden.

Die Durchführung der Preisenkung

Zugleich mit der neuen Notverordnung gibt die Reichsregierung Durchführungsbestimmungen für die Preisenkung heraus. Weiterhin ergeht gleichzeitig eine Erklärung der Reichsregierung über die Motive, die zu der Notverordnung geführt haben, sowie über die Schlussfolgerungen für weitere Maßnahmen, die sich aus der Lage ergeben. Ferner wird bekannt, daß die Reichsbahntarife in der Weise gesenkt werden, daß das Gesamtaufkommen der Reichsbahn um 300 Millionen im Jahr vermindert wird. Aus einer Senkung der Kohlenpreise erwartet man eine Verbilligung um 250 Millionen, aus einer Senkung der Eisenpreise eine Verbilligung um rund 150 Millionen. Dazu folgen noch Einzelbestimmungen für die Fleischverbilligung, die am 15. Dezember in Kraft treten. Im Hinblick auf die Valutaänderungen im Ausland und das damit zusammenhängende Valutadumping werden auf Grund der bestehenden Zollermächtigung grundlegende neue Zollmaßnahmen zum Schutz der deutschen Wirtschaft für die nächste Zeit in Aussicht gestellt.

Das Echo der Notverordnung in der Presse

Die „Germania“ bezeichnet die Notverordnung als ein Dokument der Not und hebt hervor, daß an zahlreichen Einzelheiten noch eingehende Kritik zu üben sei, daß man aber dem gesamten Problem nur gerecht werden könne, wenn man die leitenden Gesichtspunkte berücksichtigt, die die Reichsregierung bei der Abfassung dieses Gesetzwerkes im Auge gehabt habe, und die von keiner noch so gearteten deutschen Regierung außer Acht gelassen werden könnten, wenn sie verantwortungs- und pflichtbewußt handle. — Die „D. A. Z.“ kommt nach einer eingehenden Kritik zu dem Schluß, daß die neue Notverordnung für die Tributpflicht eine überaus wertvolle Rückendeckung bilde. Der Patient würde sich freilich zunächst einmal in seinen Schmerzen.

Man müsse jetzt abwarten, ob der letzte, allerdings starke Trumpf der Regierung Brüning in Basel, in Paris, und nicht zuletzt in der Heimat stehe. — Die „Kölnische Zeitung“ schreibt zu der neuen Notverordnung unter der Ueberschrift „Vorstufe des Staatskapitalismus“ u. a.: Unter dem Druck von außen habe die Regierung Brüning in ihren Maßnahmen den Grundgedanken der freien Wirtschaft und der Privatwirtschaft, der bereits zum erheblichen Teil eine Fiktion geworden war, in wesentlichen Teilen noch weiter verlassen müssen. Das Abweichen von diesem Grundgedanken sei ein vorläufiges, was aber in Zukunft daraus werde, das vermöge niemand zu sagen. Der Weg, den die Reichsregierung habe beschreiten müssen, führe in eine immer stärkere Regelung der Wirtschaftsbewegungen durch den Staat, zu einer schärferen Kontrolle und Eingreifen in das private Handeln.

Deutsche Ostiedlung ist not!

Es ist eine bekannte Tatsache, daß das Schicksal eines Volkes auf die Dauer grundlegend von seiner Bevölkerungsbewegung, d. h. von der Zu- oder Abnahme der Bevölkerungstärke, beeinflusst wird. Das gilt ganz besonders auch im Hinblick auf das Verhältnis eines Landes zu anderen, besonders benachbarten Ländern. Es ist klar, daß ein Staat, dessen Gebiet dünn bevölkert ist, sich bei allen etwaigen Verwicklungen gegenüber einem dichtbevölkerten Nachbarland von vornherein in schwächerer Position befindet. Ein übelwollendes stark besiedeltes Nachbarland ist geradezu eine ständige Gefahr für die Grenzgebiete eines dünnbesiedelten Landes. Ein solcher Fall liegt zweifellos im deutschen Osten vor. Das andrängende Polenentum macht durchaus kein Hehl aus seinen Raubgelüsten nach weiterem deutschen Gebiet, ja, man scheint sich dort nicht einmal, ernsthafte Ansprüche auf das kerndeutsche Ostpreußen zu erheben. Ein Hauptanfordernis der deutschen Bevölkerungspolitik ist daher die stärkere Besiedlung der deutschen östlichen Grenzgebiete. Einen wirksameren natürlichen Wall gegen das andrängende Polenentum und die Verlawung des deutschen Ostens gibt es schlechterdings nicht.

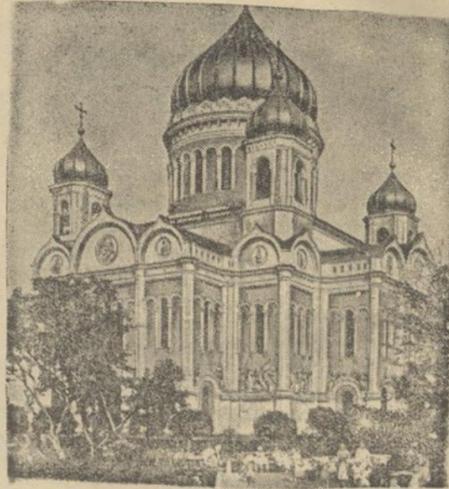
Die Notwendigkeit eines solchen natürlichen Schutzwalles an der deutschen Ostgrenze ist in Deutschland zwar seit langem erkannt worden, seine Verwirklichung macht jedoch nicht solche Fortschritte, wie es angesichts der Bedeutung der Sache wünschenswert wäre. Wenn es heute in Deutschland sogar schon Stimmen gibt, die vor weiterer Siedlungstätigkeit warnen, um angesichts der katastrophalen Lage der Landwirtschaft die Errichtung neuer Produktionsstätten zu verhindern, so geschieht das in völliger Verkennung des großen Ziels der deutschen Ostiedlung. Einen interessanten Beitrag zu diesem Problem bildet eine Berechnung des Statistischen Reichsamtes, die dem Bevölkerungspolitischen Ausschuss des Reichstages vorliegt, und die durchaus dazu ansetzt, die Notwendigkeit der ostdeutschen Siedlung als Gegengewicht gegen eine slawische Invasion in grelles Licht zu setzen.

Vom Statistischen Reichsamte wurde nämlich berechnet, daß in einer Zeit, in der die germanischen und teilweise

auch die romanischen Völker einen zum Teil starken Ueberschuss der Sterbefälle zu verzeichnen haben, die slawischen Völker immer noch hohe Geburtenüberschüsse erzielen. Stellt man Deutschland und Polen gegenüber, so ergibt sich für Deutschland ein Sterbefallüberschuss von 1,64 auf je 1000 Einwohner, während Polen einen Geburtenüberschuss von 8,4, ebenfalls auf 1000 Einwohner, aufweist. Wenn man diese Zahlen und weiter die Tatsache berücksichtigt, daß im Polenentum von jeher ein starkes Ausdehnungsbedürfnis nach Westen besteht, so ist damit die ungeheure Bedeutung der Ostiedlung für die deutsche Bevölkerungspolitik ohne weiteres gekennzeichnet.

Das Nationalheiligtum der Russen in die Luft gesprengt

Die Erlöserkathedrale in Moskau, eins der bedeutendsten Bauwerke Rußlands, ist auf Anordnung der Sowjetregierung durch sechs Ladungen Dynamit in die Luft gesprengt worden. Die gewaltige Explosion war in der ganzen Stadt hörbar. An Stelle der Kathedrale soll bekanntlich das neue riesige Sowjet-Konferenzgebäude errichtet werden.



Die Erlöserkathedrale ist zur Erinnerung an die Vernichtung der Napoleonischen Armee in Rußland errichtet worden und war nicht nur ein Wahrzeichen Moskaus, sondern Rußlands schlechthin. Sie bot 7000 Gläubigen Raum. Die fünf großen Kuppeln waren reich vergoldet, und das Innere der Kathedrale war eine einzige schimmernde Pracht von Gold und Marmor. Ihr Bau hatte 20 Millionen Rubel in alter russischer Währung gekostet.

Kleine politische Nachrichten

Änderung in der faschistischen Parteileitung. Das Befehlsblatt der faschistischen Partei gibt eine grundlegende Änderung in der Leitung der Partei bekannt. Der bisherige Sekretär der Partei und gleichzeitige Kammerpräsident Guriati, der im Oktober 1930 Turati folgte, wird mit seinem Direktorium zurücktreten und durch den bisherigen stellvertretenden Sekretär der Partei, Generalleutnant der Miliz, Starace ersetzt werden.

Anrechnung der Kriegsofferrenten auf die Sozialversicherung? Nach unwiderprochenen Nachrichten soll die Anrechnung der Renten aus der Reichsversorgung auf die Invalidenrenten geplant sein. Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen hat deshalb sofort nach Bekanntwerden dieser Pläne in Telegrammen an Reichskanzler und Reichspräsident gegen diese Pläne entschieden protestiert. Die Durchführung solcher Maßnahmen würde keine tatsächlichen Einsparungen bringen, den Grundfals von Leistung und Gegenleistung in der Sozialversicherung beseitigen und eine weitere, nicht zu verantwortende Herabdrückung der schon jetzt unzureichenden Lebenshaltung der Kriegsoffer bedeuten.

Waffenfunde bei Kommunisten. Aus Köln wird berichtet: Infolge verschiedener Hausdurchsuchungen bei Kommunisten in Troisdorf nach verbotenen Flugchriften versuchten mehrere Kommunisten versteckt gehaltene Waffen nach auswärts zu bringen. Der Polizei gelang es, in einem Walde bei Troisdorf vier führende Mitglieder der kommunistischen Partei festzunehmen, die etwa 10 ungebrauchte Karabiner sowie vierhundert Schuß Munition und zwei Pistolen in ein sicheres Versteck bringen wollten.

Die Generalkonferenz der Kleinen Entente „bereiten die Abrüstungskonferenz vor“. In Prag sind die Generalkonferenz der südslawischen und rumänischen Armee eingetroffen. Sie werden mit den Vertretern der tschechischen Armee über ein gemeinsames Vorgehen der Kleinen Entente auf der Abrüstungskonferenz in den militärisch-technischen Fragen verhandeln.

Die französische Kammer behandelt die Einfuhr eines Zollzuschlages auf Einfuhrwaren. Der Berichterstatter hob hervor, daß die Vorlage dem Staat eine Einnahme von rund 400 Millionen Franken für 9 Monate bringe. Wenn die Kammer sie zurückweisen sollte, so werde die gleiche Summe im Haushalts für das Jahr 1932 als Fehlbetrag in Erscheinung treten. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Regierung mit 328 gegen 261 Stimmen abgelehnt.

Blutige Zusammenstöße in Peru. Bei Trujillo in Nordperu kam es anläßlich der Amtseinführung des neuen Präsidenten Sanchez Cerro zu heftigen Zusammenstößen zwischen Sozialisten und Polizei. Dabei wurden 10 Mann getötet und 13 verwundet.

Japanischer Panzerzug zum Entgleisen gebracht. Wie aus Mufden gemeldet wird, wurde in der Nähe von Taonan ein japanischer Panzerzug zum Entgleisen gebracht, wobei vier japanische Soldaten getötet und 11 verletzt wurden.

Aus Stadt und Land

Calw, 10. Dezember 1931.

Der Calwer Weihnachtsmarkt

Brachte heuer wiederum sehr viel Leben in die Stadt. Der Besuch aus den Bezirksorten war stark und das Marktgeschäft verlief in Berücksichtigung der Zeiten recht befriedigend. Das Angebot der Händler war, wie stets an diesem Markttage überaus groß; die Stände erstreckten sich von der Vorstadt bis zum Postamt. Ebenso bot auch die einheimische Geschäftswelt gute und vorteilhafte Einkaufsgelegenheiten und erfreute sich eines stillen Zuspruchs seitens der Landbevölkerung. Der von der milden Winterwitterung sehr begünstigte Markttag war besonders für die Jugend ein Tag der Freude. In dem Lärm und Trubel vermischte man nur das winterliche Weiß und das Schellengeklänge der Schlitten.

Der Katholische Frauenbund Calw

veranstaltete am letzten Dienstag, dem Fest Mariä Empfängnis, im „Badischen Hof“ seine diesjährige Advents- und Elisabethenfeier, zu der er auch die anderen Mitglieder der Pfarrgemeinde eingeladen hatte. Nach einer Begrüßungsansprache durch die Vorsitzende, Frau Waldfisch, dem Vortrag eines einleitenden sinnigen Adventsgebichts und einer musikalischen Darbietung folgte im Mittelpunkt der Veranstaltung die Rede von Hochw. Stadtpfarrer Lehkus, der St. Elisabeth in ihrer auch dem Geringsten gegenüber nie versagenden Nächstenliebe und ihrer ebenso großen Demut und Bescheidenheit als die große deutsche Heilige auch noch für unsere Zeit zeichnete. Darauf leitete ein von Frau Major Pieper meisterhaft gesungener Sopran „Die Rosen der heiligen Elisabeth“ zu den lebenden Bildern über, die, von der Jugend der Gemeinde vorgeführt, die heilige Gräfin der Wartburg in der Ausübung der sieben Werke christlicher Barmherzigkeit zeigten. Auch St. Nikolaus — in Gestalt von Frau Stecker — fehlte nicht, der die braven Kinder reichlich mit Backwerk, Nüssen und Nüssen beschenkte. Das gemeinsam gesungene Adventslied „Taut Himmel“ schloß die gutbesuchte stimmungsvoll verlaufene Feier, in deren gutem Gelingen die Damen des Frauenbundes für ihre mühevollen Vorbereitungen und ihre Opferbereitschaft den wohlverdienten Lohn und die Anerkennung seitens der Pfarrgemeinde wie auch die Aufmunterung zu weiterer Arbeit im Dienste der guten Sache sehen mögen.

Weihnachtspakete für Bedürftige

Man schreibt uns: Die „Arbeiter-Wohlfahrt“-Ortsgruppe Calw, welche unter der Leitung von F. Dagne und B. May steht, wird dieses Jahr zum ersten Male Weihnachtspakete an Bedürftige verteilen. In Betracht kommen außer erwerbslosen Gewerkschaftsmitgliedern auch unorganisierte verheiratete Erwerbslose und Sozialrentner in Calw. Der Vorstand und Aufsichtsrat des Spar- und Konsumvereins Calw hat einstimmig beschlossen, seinen bedürftigen Mitgliedern in diesem Jahre wiederum eine Weihnachtspackete in Gestalt eines Lebensmittelpaketes zu machen, trotzdem die Zahl der in Betracht kommenden Mitglieder sich gegen das vorige Jahr bedeutend vergrößert hat.

Vom Rathaus Altensteig

Der mit der Firma Lang, Waagenfabrik in Cannstatt, abgeschlossene Vertrag über Lieferung der Bodenbrückenwaage (Preis 2050 M. betriebsfertig aufgestellt) und der Bauvertrag mit Georg Schauble, Baugeschäft hier, betr. Erstellung der Grube und des Fundaments für die Bodenbrückenwaage werden unterzeichnet. — Die Oberamtspflege Nagold teilt mit, daß die Staatshauptkasse bestimmt in Aussicht gestellt habe, daß sie ab 5. Dez. 1931 für die Steuerlieferungsrückstände Verzugszuschläge mit 5 Prozent für jeden angefangenen halben Monat ansehe und die Oberamtspflege daher dieselben Verzugszuschläge den Gemeinden für ihre Steuerlieferungsrückstände berechnen müsse. — Die feuerfällige Auslösung von Aufwertungskapitalien (12 Lose à 200 M.) wurde am 2. d. M. vorgenommen. — Die württ. Zentralstelle für die Landwirtschaft, Abt. für Feldbereinigung, hat zu den reinen Baukosten des Hauptzufahrtswegs Nr. 4 der Feldbereinigung III einen Staatsbeitrag von 1850 M. bewilligt und die Kosten des Kulturbauamts für Entwurfsbearbeitung und Bauleitung im Betrag von 224 M. auf die Staatskasse übernommen. — Der von der Stadtgemeinde in dem Rechtsstreit mit Rohrbach mit der Vertretung der Interessen der Stadtgemeinde beauftragte Rechtsanwalt Rupp in Stuttgart teilte mit, daß durch Urteil des Landgerichts Stuttgart vom 30. v. M. Rohrbach zur Bezahlung von 11000 M. nebst Zinsen und zur Tragung der Kosten verurteilt worden sei. Das Urteil sei bezüglich des Kostenpunkts gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 1000 M. vorläufig vollstreckbar. Gegen dasselbe könne die Gegenpartei nach Zustellung Berufung beim Oberlandesgericht einlegen. Der Gemeindevorstand nimmt hiervon Kenntnis und beschließt, wegen der Kosten die vorläufige Zwangsvollstreckung gegen Rohrbach zu beantragen und als Sicherheit ein Depositionsbuch zu hinterlegen. — Die deutsche Gasolin-AG. Stuttgart ersucht, bei der Einmündung der Haldenstraße in die Bahnhofstraße eine Tankstelle aufstellen zu dürfen und legt eine Skizze dazu vor. Der Gemeindevorstand gibt hierzu seine Zustimmung unter der Bedingung, daß die Tankstelle weiter talabwärts erstellt, die Plakatsäule daselbst gegen eine Tafel ausgetauscht und von der Firma der aufstellende Vertrag vorher unterzeichnet wird. — Mehrere Angebote auf Langholz (zusammen rund 800 Festmeter) wird zum Durchschnittspreis von 45 Prozent der Landesgrundpreise der Zuschlag erteilt. Zahlungsfrist 2, 4 und 6 Monate. Ferner wird ein Angebot auf Forsten zum Preise von 47 Prozent angenommen. — Der Mieter einer städt. Wohnung ersucht, die Kosten der laufenden Reparatur seiner Küche auf die Stadtkasse zu übernehmen. Da die laufende Instandhaltung der Küche bei den städt. Wohnungen allgemein Sache des Mieters ist, wird dem Gesuch, schon der Folgen wegen, nicht stattgegeben.

Die Beamtenehaltskürzungen in Württemberg — Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft

Die neue Notverordnung des Reichs bringt nun doch eine abermalige Senkung der Beamtenehälter in Reich, Ländern und Gemeinden um 9 Prozent ab 1. Januar 1932. Die Vorauslagen des Finanzministers haben sich also als richtig erwiesen. Den württ. Landes- und Gemeindebeamten wird jedoch die auf 1. Oktober eingeführte württ. Sonderkürzung von 5 bzw. 7 Prozent auf die neue vom Reich angeordnete Kürzung angerechnet. Die Entlastung über das württ. Sonderverfahren war also überflüssig. — Die Forderung der württ. Regierung auf Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft ist in der Notverordnung wenigstens so weit berücksichtigt, als bestimmt ist, daß bei landwirtschaftlichen Grundstücken auf Antrag des Schuldners gegenüber dem betreibenden Gläubiger die vorläufige Einstellung der Zwangsversteigerung bis nach der Ernte dann zulässig sein soll, wenn die ordnungsmäßige Fortführung des Betriebs und die Einbringung der Ernte bei einer Betriebsführung durch den Schuldner gewährleistet, aber bei Fortführung des Zwangsversteigerungsverfahrens gefährdet sein würde.

Das Ablassen der Moste

Bekanntlich tritt bald, nachdem der süße Most in das Faß gebracht worden ist, die sogenannte stürmische Gärung ein. Diese ist ein chemischer Umwandlungsvorgang, der durch winzige kleine Pflänzchen, durch Hefepilze hervorgerufen wird. Sobald die Hauptgärung beendet ist, daß man kein brausendes Geräusch im Faße mehr vernimmt, sollte der Most in ein frisch gereinigtes Faß abgelassen werden. Dieses Ablassen der Moste, das sich namentlich auf dem Lande nur sehr schwer einbürgern will, ist die Vorbedingung für ein wohlgeschmeckendes, lange haltbares Getränk. Der Most sollte schon im Dezember abgelassen werden, weil dann noch eine kleine Nachgärung stattfindet und die verloren gegangene Kohlensäure ersetzt wird. Sollte je die Nachgärung nicht bald einsetzen, so setzt man auf 1 Hektoliter 1—2 Kg. Zucker zu. Im Most sind in diesem Jahr große Vorräte vorhanden. Es ist Vorsorge zu treffen, daß wir auch noch für das übernächste Jahr Most haben, falls die Ernte im Jahre 1932 gering ausfallen sollte. Wenn jetzt schon der Most abgelassen wird, wird die Ansicht schnell verschwinden, daß das Getränk durch das Ablassen an Gehalt einbüßt.

Wetter für Freitag und Samstag

Die Depression im Norden schwächt sich ab. Die Wetterlage in Süddeutschland wird noch von einem Hochdruck beherrscht, dessen Kern sich in der Biskaya befindet. Für Freitag und Samstag ist zwar mehrfach bedecktes, aber vorerst noch vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

*

Birkensfeld, 9. Dez. Das Panaschieren hat scheinbar hier der Wählerschaft große Kopfschmerzen bereitet. 654 Stimmen waren ungültig, weil Stimmzettel verschiedener Parteien in einem Umschlag enthalten waren. An der Sitzverteilung hätten diese ungültigen 654 Stimmen nichts geändert. Beteiligt waren KPD. mit 80 St., D. u. G. B. mit 326 St. und SPD. mit 248 St.

Seib, Obertürkheim, 9. Dez. Gestern vormittag wurde auf dem Bahngleis etwa 200 Meter unterhalb dem Personenbahnhof Obertürkheim eine 30 Jahre alte Frau tot aufgefunden. Beide Füße waren vom Oberkörper getrennt. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um die Inhaberin einer Kochschule in Stuttgart, die infolge wirtschaftlicher Verhältnisse den Tod auf den Schienen gesucht hat.

Seib, Heilbrunn, 9. Dez. Der Reichsbund ehemaliger Kriegsgefangener hielt hier eine Versammlung ab, in der u. a. auch die im Laufe des Jahres für die Weihnachtsskaffe gesammelten Spargelder ausbezahlt werden sollten. Als der Kassier Georg Jakob auffallend lange auf sich warten ließ, sorgte man nach seinem Verbleib und fand ihn schließlich auf einem Feldbahngleis in seinem Blute liegend auf. Im Krankenhaus stellte der Arzt 13 Stiche in die Brust, Arme, Kopf und Beine fest. Die Tasche mit 800 M. Inhalt war geraubt worden. Die Polizei fahndet nach den Tätern.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

AG. Berliner Produktenbörse vom 9. Dez.

Weizen märk. 215—217; Futterweizen 193—195; Roggen märk. 192—195; Braugerste 152—164; Futter- und Industrieergerste 147—151; Hafer märk. 134—142; Weizenmehl 27,50 bis 31,50; Roggenmehl 26,50—28,50; Weizenkleie 9,80—10,20; Roggenkleie 10,25—10,75; Viktoriaerbsen 23—30; Kl. Speiserbsen 24—27; Futtererbsen 17—19; Pelfuchsen 17—19; Ackerbohnen 16,50—18; Wicken 17—20; Lupinen blaue 11,00—12,50; dto. gelbe 13—15; Veinkuchen 12,20—12,40; Erbsenkuchen 12,20 bis 12,30; Erbsenkuchensmehl 12,20—12,30; Trockenschnitzel 6,10—6,20; Kartoffelflocken 12,50—12,70. Allgemeine Tendenz: abgeschwächt.

Weilberstädter Marktbericht

Zufuhr: 82 Stück Milchschweine. Preis: 8—17 M. für das Paar. Handel lebhaft; Markt geräumt.

Calwer Vieh- und Schweinemarkt

Bei dem letzten Mittwoch stattgefundenen Vieh- und Schweinemarkt wurden insgesamt 136 Stück Rindvieh zugeführt. Darunter befanden sich 5 Ochsen, 7 Stiere, 3 Farren, 62 Kühe, 31 Kalbinnen, 28 Stück Jungvieh.

Bezahlt wurde für Ochsen 230—286 M., für Kühe 86 bis 395 M., für Kalbinnen 162—230 M., für Jungvieh 62—155 M. je pro Stück.

Auf dem Schweinemarkt waren 338 Milchschweine und 44 Käufer zugeführt. Bezahlt wurde für Käufer 30—81 Mark, für Milchschweine 12—28 M. je pro Paar. Der Handel war auf beiden Märkten gedrückt.

Viehpreise

Gehlingen: Rinder 60—280, trüchtige Kalbinnen und Kühe 250—400. — Langenau: Kühe 297—367, Jungkühe 35—210, Jungfarren 75—105 M. — Neuffingen: Ochsen 300—400, Kühe 145—310, Kalbinnen 330—500, Rinder 80—290 M. Pferde 250 bis 1000 M.

Fruchtpreise

Seutkirch: Roggen 7,50, Gerste 10 M. — Niedlingen: Braugerste 7,80—8,40, Hafer 7,60—7,70 M. — Waldsee: Haber 8 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die log. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. Die Schriftl.

Holzverkäufe in Württemberg

Bei den Holzverkäufen aus württ. Staatswaldungen wurden im Monat November 34218 Festmeter Fichten und Tannen verkauft bei einem Erlös von 33 Prozent der Landesgrundpreise gegen 37 Prozent im Monat Oktober und 43 Prozent im Monat September. Von Forsten und Lärchen wurden 1504 Festmeter verkauft bei einem Erlös von 32 Prozent gegen 40,5 Prozent im Oktober und 42 Prozent im September. Bei den Laubstammholzverkäufen schwankten die Erlöse zwischen 70 und 100 Prozent. Beim Verkauf der Nadelholzstangen betrug der Erlös 92 Prozent der Landesgrundpreise. An Brennholz wurden im Monat November verkauft 580 Raummeter Laubholz und 2580 Raummeter Nadelholz bei einem Durchschnittserlös von 73 Prozent gegen 67 Prozent im Oktober, 82 Prozent im September und 71 Prozent im August.

Frostabwehr im Gelände

Wie man die Nachfröste bekämpft. — Sind Rauch und künstliche Nebel zur Frostabwehr geeignet? — Neue Probleme für den Chemiker.

Von Dr. L. S. Kramer.

Die verschiedensten Wege sind bisher beschritten worden, um die im Obst- und Gartenbau so schädlichen Nachfröste zu bekämpfen. So sieht man in Oesterreich, wie über die Pflanzen Frostschirme gestellt werden, welche die Wärmeabstrahlung verhindern sollen. Anderswo pflügt man auch wohl die Äkulturen mit Matten zu bedecken. Die Nordamerikaner versuchen den Frost vielfach durch Geländebewässerung zu bekämpfen. Auch in Deutschland ist die Verwendung schon zur Anwendung gekommen. Bei uns werden zu diesem Zwecke kleine Bräutchen aufgestellt. Sogar elektrische Höhenbomben sind zur Frostabwehr verwendet worden. Doch kommen diese beiden Verfahren für Deutschland der hohen Kosten wegen nicht in Frage.

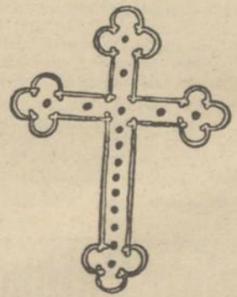
Etwas anderes ist es mit der Frostabwehr durch Rauch und künstliche Nebel. Dadurch erzielt man gleichsam die natürliche Bewölkung des Himmels, die namentlich die Wärmeabstrahlung der Erde verhindert.

Ueber Rauchversuche im rheinischen Wein- und Obstbaugebiet berichtet D. W. Kessler. Dabei kamen Naphthalin und Gasier zur Anwendung. Davon wurden in einer einzigen Nacht 35000 Kilogramm in 2200 Räucherapparaten auf einem Gebiet von 125 bis 150 Hektar Weinbergen verbrannt, in einer anderen Nacht gar 50000 Kilogramm. Die Versuche sollen das Ergebnis gehabt haben, daß bei richtiger Aufstellung geeigneter Räucherapparate die Frostgefahr wesentlich herabgedrückt werden kann; die Wirtschaftlichkeit sei noch völlig ungeklärt. Billig ist diese Art der Frostbekämpfung sicherlich keinesfalls. Etwas anderes ist es, wenn sich der Kleinbetrieb durch Verbrennen von nassem Stroh, Laub, Kartoffelkraut in offenen Feuern hilft. Größere Wirkung hat natürlich das Verrijen in Räucherapparaten.

Während man die Kosten des älteren Räucherverfahrens auf fünfzig bis siebzig Mark veranschlagt, schätzt man die der Frostbekämpfung durch chemische Nebel auf nur vier Mark. Man läßt beispielsweise — wie Dr. S. Maier-Vode, Berlin, berichtet — eine Lösung von Schwefeltrioxyd in Chlor-sulfonsäure auf gebrannten Kalk tropfen, und es entsteht dann ein dichter Nebel aus Schwefel- und Salzsäuretröpfchen sowie Wasserdampf. Diese Wolke kann, wie die im Frühjahr 1931 von der Deutschen Wetterdienststelle Hamburg angestellten Versuche gezeigt haben, die Temperatur in Frostnächten über dem Nullpunkt halten. Aber nun erhebt sich die Frage, ob dieser chemische Nebel nicht zu einer Schädigung der Pflanzen führt. Von der einen oder anderen Seite wird dies behauptet. Dagegen wendet Einer ein, daß „normalerweise, bei sachgemäßer Handhabung der Nebelapparate, keine Nachschäden eintreten dürften, zumindestens nicht in einem Umfange, der den ohne Einnebelung eingetretenen Frostschäden auch nur annähernd entspricht.“ Immerhin wird man doch versuchen müssen, die Säurenebel, die ja ihrer Billigkeit wegen den Vorzug vor dem Rauch verdienen, durch geeignete Zusätze völlig unschädlich zu machen. Erwogen wird auch, die Frostabwehr mit einer Schädlingbekämpfung zu verbinden. Ob es aber einen Nebel gibt, der alle diese verschiedenartigen Vorzüge in sich vereinigt, erscheint recht fraglich.

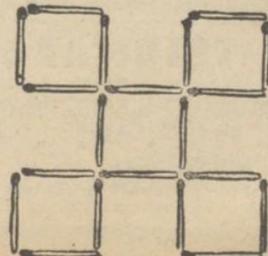
Räufelaufösungen der Saugendbeilage

Das Kreuz und der Sonderling



Der Goldarbeiter nahm den obersten Stein weg und legte ihn unten an, dann nahm er den linken und rechten Stein weg. Wenn nun der Sonderling nach seiner Art zählte, kamen immer noch 12 Steine heraus.

Wer kann's



Amtl. Bekanntmachungen Amtsgericht Calw Bekanntmachung

Für das Geschäftsjahr 1932 wird als ordentlicher Sitzungstag für Strafsachen (einschließlich Jugendgerichts- sachen) der Mittwoch, für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten der Freitag und für arbeitsgerichtliche Rechtsachen der Donnerstag bestimmt.

Jeden Samstag, in dringlichen Fällen auch an jedem anderen Werktag, können Schlichtungsanträge und Anträge auf Eröffnung des Güterverfahrens bezw. Klagen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, sowie Anträge und Gesuche jeder Art in Rechtsangelegenheiten, die zum Geschäftskreis des Amtsgerichts gehören, angebracht werden. Der Samstag ist insbesondere Sprech- und Schlichtungstag i. S. der Verfügung des Justizministeriums vom 31. Juli 1919, an dem beide Richter des Amtsgerichts in Rechtsangelegenheiten aller Art Rat und Auskunft geben.

Die Bürgermeisterämter werden ersucht, diese Bekanntmachung durch Aushang an den Rathhäusern zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Den 9. Dezember 1931.

Stadtgemeinde Calw.

Bekanntmachung des Ergebnisses der Gemeinderatswahl.

Bei der am 6. Dezember 1931 als Verhältniswahl vorgenommenen Wahl von 10 Mitgliedern des Gemeinderats haben von 3441 Wahlberechtigten 2711 abgestimmt. Ungültig sind 64 Stimmzettel und 9 Einzelstimmen.

Auf die einzelnen Wahlvorschläge entfällt die nachgenannte Zahl gültiger Stimmzettel und Stimmen mit der beigelegten Zahl von Stellen:

Wahlvorschlag	Un- veränd. Stimmzettel	Ver- änderte Stimmzettel	Gültige Stimmen	Sitze
Nr. 1, Nationalsozialistische Arbeiterpartei	65	199	2362	1
Nr. 2, Bürgerverband, Wahlgruppe I	11	927	8657	3
Nr. 3, Bürgerverband, Wahlgruppe II	13	541	6495	3
Nr. 4, Sozialdemokratische Partei	39	516	5681	2
Nr. 5, Kommunistische Partei	211	66	2609	1
Nr. 6, Städt. Hausfrauenverein Calw	0	0	0	0
Nr. 7, Unpolitische Wähler aus Gewerbe und Landwirtschaft	8	48	569	0

Von den gültigen Stimmen entfallen auf die verbundenen Wahlvorschläge Nr. 2 und 3 (Gruppe I) zusammen 15152 Stimmen, auf Nr. 1 und 7 (Gruppe II) 2931 St.

Gewählt sind:

aus Wahlvorschlag Nr. 2 mit dem 1. Sitz und 1770 St. Stüber, Karl, Kaufmann
aus Wahlvorschlag Nr. 3 mit dem 2. Sitz und 1929 St. Autenrieth, Oskar, Dr. med. prakt. Arzt
aus Wahlvorschlag Nr. 4 mit dem 3. Sitz und 1269 St. Man, Bruno, Metzger
aus Wahlvorschlag Nr. 2 mit dem 4. Sitz und 1501 St. Schmid, Karl, Fabrikdirektor
aus Wahlvorschlag Nr. 3 mit dem 5. Sitz und 1338 St. Proß, Karl, Verw.-Direktor
aus Wahlvorschlag Nr. 2 mit dem 6. Sitz und 1396 St. Conz, Elise, Stadtschulh.-Witwe
aus Wahlvorschlag Nr. 1 mit dem 7. Sitz und 822 St. Wurster, Georg, Kaufmann
aus Wahlvorschlag Nr. 4 mit dem 8. Sitz und 996 St. Veigel, Theo, Zollsekretär
aus Wahlvorschlag Nr. 5 mit dem 9. Sitz und 779 St. Kopp, Paul, Lagerarbeiter
aus Wahlvorschlag Nr. 3 mit dem 10. Sitz und 744 St. Bauer, Friedrich, Güterbeförderer.

Gegen die Wahl kann binnen einer Woche nach der Bekanntmachung des Ergebnisses beim Gemeinderat Einsprache erhoben werden.

Calw, den 9. Dezember 1931.

Der Vorsitzende des Wahlvorstands:
Göhner.

Calw.

Zahlungsaufforderung.

Die Grund- und Gebäudebesitzer und die Gewerbetreibenden werden an die ihnen gesetzlich obliegende Verpflichtung zur allmonatlichen Entrichtung von Abschlagszahlungen auf die im Steuerjahr 1931 fällig werdenden Beträge an Staats- und Gemeindesteuer erinnert. Die zu leistenden Abschlagszahlungen sind mit einem Zwölftel der Schuldigkeit für 1930 zu bemessen und bis spätestens 8. ds. Mts. an die Stadtkasse zu entrichten.

Für die verspätet zur Zahlung kommenden Beträge muß gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1931 ein Verzugszins von 24% i. d. Jahr zum Anfall kommen.

Calw, den 9. Dezember 1931.

Stadtpflege.

Brennabor-Lastwagen

1 1/2 t, 6-Zylinder, Baujahr 1927 kommt aus ei. r. Konkursmasse am **Samstag, den 12. Dezember, 15 Uhr** zu **Gehingen**, Bahnstation Althengstett, Kraftpoststelle, zur Versteigerung. Zahlungsfähige Liebhaber laden ein.
Bezirksnotar Hirth in Calw.

EIER-TEIGWAREN

bei 1 Pfd. bei 5 Pfd. bei 10 Pfd.
I. Qual. Pfd. 70 Pfg. Pfd. 65 Pfg. Pfd. 62 Pfg.
II. Qual. „ 50 „ 47 „ 45 „

Hermann Schnürle
Eiertelwaren-Geschäft + Telefon 293

Wer ist schuld

an der Arbeitslosigkeit? Jeder Einzelne, der danklos kauft und mit seinen Groschen die Auswüchse des heutigen Warenhauswesens unterstützt, das den Bankrott so vieler Betriebe aus Industrie, Gewerbe und Handel verschuldet.
Die Pfennige, die Du beim Einkauf im Warenhaus zu sparen glaubst, morgen schon können sie Dich, Deinen Vater, Deine Geschwister arbeitslos machen!

Nicht ein paar großkapitalistische Konzerne, sondern eine Vielzahl lebensfähiger Mittel- und Kleinbetriebe schaffen für jeden von uns Arbeit und Brot.

Bezirks-Handels- und Gewerbeverein
Calw

Christl. Verein junger Männer Calw E. V.
Weihnachtsfeier
am 3. Advent 13. Dezbr. abends 7 Uhr
Die Nacht des Hirten
Spiel von H. v. Heiseler

Ansprache von Pfarrer Held, Simmozheim und andere Darbietungen.
Eintritt 50 Pfennig
Wiederholung Montags 7 Uhr 20 Pfg. Vorverkauf der nummerierten Karten bei Weber im Vereinshaus.

Kleinkinderschule Calw.

Herzliche Einladung zur **Weihnachtsfeier** im Vereinshaus, Montag, 21. Dezbr., nachm. 4 Uhr.
Wir danken für alle Mithilfe und Teilnahme im vergangenen Jahr und bitten freundlich um

Gaben für Weihnachten.

Der Vorstand: Stadtpfarrer Hermann.
Gaben nehmen entgegen die Co. Stadtpfarrämter, Rechnungsrat Pfizenmaier im Amtsgericht und die Kinderbeschwestern.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvorsteigerung soll das auf Markung Calw belegene, im Grundbuch von Calw, Heft 59, Abteilung I Nr. 1, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des **Jakob Henkelmann**, Schmiedemeisters in Calw, und seiner Ehefrau Emma, geb. Huber, je zur Hälfte auf Grund landrechtlicher Erbschaftsgesellschaft, eingetragene Grundstück:

Geb. Nr. 62 Bischofsstraße: Wohnhaus mit gewölbtem Keller, Backstube, Hofraum und Mauer 4 a 34 qm als **Schmiede und Autoreparaturwerkstätte** eingerichtet

Parz. Nr. 80 Gemüsegarten hinter der Bischofsstraße

3 a 03 qm
7 a 37 qm

am 22. Oktober 1931, samt Zubehör gemeinderätlich geschätzt zu 27000 Mk.,

am **Donnerstag, den 17. Dezember 1931, vormittags 9 1/2 Uhr,**

auf dem Rathause in Calw, Notariatskanzlei, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. Oktober 1931 in das Grundbuch eingetragen.
Calw, den 27. Oktober 1931.

Kommissär:
Bezirksnotar: Grathwohl.

Alles mobil machen!

Ihre Reserven heranziehen. Auch den säumigsten Käufer für Ihr Haus, für Ihre Waren interessieren! Es wird bis zur letzten Stunde gekauft, es muß auch bis zur letzten Stunde erworben werden. Die Zeitungsanzeige ist Ihr bestes Sprachrohr. Erfolge nur durch die Anzeige im

Calwer Tagblatt

Calw.
Im Wege der **Zwangsvorsteigerung** versteigere ich am **Samstag, den 12. ds. Mts., vorm. 10 Uhr,** auf meiner Kanzlei:

einen fast neuen **Lischterapparat.** Der Verkauf findet bestimmt statt.
Weidenbach
Gerichtsvollzieher
beim Amtsgericht Calw.

Bad Liebenzell.
Im Wege der **Zwangsvorsteigerung** versteigere ich am **Freitag, den 11. ds. Mts., vorm. 11 Uhr** gegen bare Bezahlung:

1 **Reiß-Glas, 1 Dng.**
1 **silberne Kaffeelöffel,**
6 **Silberhalter**
1 **Plata, 3 Bächer**
„**Das Ehepaar**“
11 1/2 **Uhr**
1 **Schreibmaschine Orga Privat, 1 Trocken-**
schränk für photo-
graphische Zwecke.
Zusammenkunft b. Rathaus
Ohngemach
Gerichtsvollzieher
beim Amtsgericht Calw

Keilich

Heute
frische Schellfische
Fischfilet
Süß-Bücklinge
zum billigen Tagespreis
5% **Rabatt**

Morgen Freitag von 9 Uhr ab gibt es auf der **Freibank** schönes

Ruhfleisch

das Pfd. zu 40 **¢**
Friedrich Prommer
Unteres Ledereck

Wie

sollen die Leute es erfahren, daß Sie etwas zu verkaufen haben, wenn Sie es nicht bekannt machen

?

Geben Sie noch heute eine kleine Anzeige im **Calwer Tagblatt** auf. Sie werden von dem Erfolg überrascht sein.

Suche auf 1. Januar für Haus- und Landwirtschaft ein ehrliches fleißiges

Mädchen

Johannes Stoll
Rötenbach

Jüngeres Mädchen sucht

Stelle

(evtl. auch Landwirtschaft) für sofort oder später.
Angebote unter **S. S. 289** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kleine
3-Zimmer-
Wohnung
an alleinlebende Dame sofort zu vermieten
Ledertstraße 60

Stammheim
Eine Partie
Feldtauben
verkauft billig
Michael Rober

Bezirks-Handels- u. Gewerbeverein Calw
Am **Sonntag, den 13. Dezember 1931** nachmittags 1/4 Uhr findet im Saale von **G. Weiß** ein öffentlicher **Vortrag**

von
Herrn **Wirtschaftsminister Dr. Maier** aus Stuttgart statt, über:
Wirtschaft und Mittelstand

wozu jedermann freundlich eingeladen ist, ganz besonders das Handwerk, Handel und Landwirte. Eine Aussprache findet nicht statt, doch können Fragen an den Herrn Wirtschaftsminister gerichtet werden, welche ihre Beantwortung finden.
Eintritt frei! **Der Ausschuß.**

Samstag und Sonntag
halte ich
Mekelfuppe



und lade hiezu freundlichst ein
Friedrich Schäd, zur „Jungfer“

Gesangverein „Concordia“ Calw.

Wohltätigkeits-Konzert
(vom Südd. Rundfunk übertragen)
am **Samstag, 19. Dezember, abends 1/2 8 Uhr** im **Badischen Hof**
Lieder- und Orchester-Vorträge
Eintrittspreise 50 Pfg., Erwerbslose 20 Pfg.
Der Reinertrag ist restlos für wohltätige Zwecke und die Calwer Notküche bestimmt.

Gedenkt der armen **Veteranen** und **Kriegerwitwen** und **Kriegerwaisen** und bereitet ihnen in der heutigen Notzeit eine kleine **Weihnachtsfreude**

Geldspenden, auch die kleinsten, sowie Naturalien jeglicher Art nehmen dankbar entgegen

Dekan a. D. **Zeller**
Bezirksobmann **Rühle**
Stadtpfarrer **Leßkus**

Geldbeträge können auch an die Giro-Kasse der Oberamtsparlasse Calw unter Nr. 551 eingezahlt werden.

Weihnachtsgaben
für **arme Kranke** werden dankbar entgegen-
genommen im **Bezirkskrankenhaus.**